

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

3

4 **Hochschulen im Land Bremen studierbar machen!**

5

6 Folgende Punkte sollen ins Hochschulgesetz aufgenommen werden:

- 7
- 8 • Eine Anwesenheitspflicht darf es in Veranstaltungen der Hochschulen im Land Bre-
 - 9 men grundsätzlich nicht geben. Ausnahmen darf es unter strengen Vorgaben für
 - 10 Laborveranstaltungen oder Exkursionen geben, bei denen ein hoher finanzieller
 - 11 Aufwand pro Person für die Hochschulen entsteht.
 - 12 • An den Hochschulen im Land Bremen soll die Anzahl an Versuchen pro Prüfungen
 - 13 und die Semesteranzahl, in der Prüfungen erbracht werden müssen, nicht mehr
 - 14 begrenzt sein.
 - 15 • Die studentische Beteiligung in Hochschulgremien wie den Akademischen Senaten
 - 16 soll erhöht werden. Wir fordern die Einführung einer Viertelparität für diese Gre-
 - 17 mien, d.h. gleich viele Sitze für Studierende, ProfessorInnen, wissenschaftliche Mit-
 - 18 arbeiterInnen, und sonstige MitarbeiterInnen.

18 Desweiteren sollen die Hochschulen aufgefordert und entsprechend ausgestattet werden,

19 um folgende Punkte umzusetzen

- 20
- 21 • Fortwährende Durchsetzung der Barrierefreiheit und die Erstellung eines umfas-
 - 22 senden, barrierefreien Sicherheitskonzept, in den Hochschulen im Land Bremen
 - 23 • Die vom Verwaltungsrat des Studentenwerks angestoßene Umbenennung des Stu-
 - 24 dentenwerks in Studierendenwerk durchsetzen.
 - 25 • Sprachkurse des Fremdsprachenzentrums sollen für Studierende der Bremer Hoch-
 - 26 schulen künftig kostenlos zu besuchen sein.
 - 27 • Schaffung ausreichend flexibler Kinderbetreuung in der Nähe der Hochschulen, um
 - 28 allen studierenden Eltern die Teilnahme am Studium zu ermöglichen.
 - 29 • Die Hochschulen im Land Bremen sollen ein einheitliches Onlinesystem verwen-
 - 30 den.

31 **Begründung:**

32 Wir fordern das Verbot der Anwesenheitspflicht an Bremer Hochschulen, da diese dem

33 Sinn eines guten Studiums widerspricht. Wir sehen keinen Zusammenhang zwischen der

34 physischen Anwesenheit und der Qualität des Studiums. Im Gegenteil: Durch eine Anwe-
35 senheit werden Studierende auf verschiedenste Weise in ihrem Studium eingeschränkt, da
36 die Idee eines Vollzeitstudiums nicht mit der Lebensrealität vieler Studierender vereinbar
37 ist. So erschwert eine Anwesenheitspflicht Studierenden, welche sich um ihre Familie
38 kümmern müssen oder eineN AngehörigeN pflegen müssen genauso das Studium wie
39 denen, welche einer Arbeit nachgehen müssen, um ihr Studium zu finanzieren oder sol-
40 chen, welchen aufgrund einer chronischen Erkrankung eine umfassende Anwesenheit an
41 der Hochschule nicht möglich ist. Dies beeinflusst auch in keiner Form die Qualität des
42 Studiums, denn die Seminare oder Vorlesungen sind nur zur Vermittlung des Wissens
43 vorgesehen. Der eigentliche Leistungsnachweis findet nach diesen durch eine Prüfung
44 statt.

45 Studierenden ist es selbst zuzutrauen, mit ihrer Zeit verantwortungsvoll umzugehen, um
46 am Ende das Bestmögliche aus ihrem Studium zu machen.

47

48 Studierende stehen heutzutage unter großem Druck, der sich oftmals auf die Psyche nie-
49 derschlägt. Die dem Kapitalismus immanente stetige und in den vergangenen Jahren im-
50 mer drängender werdende Forderung nach Anpassung und Selbstoptimierung im Allge-
51 meinen und die Bologna-Reform im Speziellen haben dazu geführt, dass die psychologi-
52 schen Beratungsstellen der Hochschulen bundesweit erhöhten Zulauf haben. Vermeintli-
53 che finanzielle Vorteile durch die Exmatrikulation "gescheiterter" Studierender sind kaum
54 messbar, da schlussendlich kaum Studierende tatsächlich von der Hochschule fliegen.

55 Deshalb ist der psychische Druck selbst unter ökonomischen Gesichtspunkten, die keine
56 Rolle spielen sollten, unverhältnismäßig.

57 Im Gegenteil: Die Begrenzung der Prüfungsanzahl ist durch den erheblichen bürokrati-
58 schen Aufwand ein echter Kostenfaktor, da auf die Einhaltung mit Personalaufwand ge-
59 achtet, bei Überschreitung die Exmatrikulationsmaschine angeworfen und das Ganze im
60 Zweifel bei juristischer Anfechtung durchgesetzt werden muss. Insofern könnten sich die
61 MitarbeiterInnen in den ohnehin oft überlasteten Prüfungsämtern auf das Wesentliche,
62 den Service für die Studierenden, konzentrieren.

63 Schließlich würde die Attraktivität der Hochschulen im Land Bremen für Studierende sich
64 erhöhen. So konnte sich die Universität Bielefeld mit der Abschaffung der Prüfungsversu-
65 che einen Namen machen und gilt heute zurecht als eine der studierendenfreundlichsten
66 Hochschulen bundesweit.

67

68 ProfessorInnen sind zur Zeit in den beschlussfassenden Gremien der Hochschulen im
69 Land Bremen deutlich überrepräsentiert. Sie stellen in allen Gremien, so auch z.B. in den
70 Akademischen Senaten, die absolute Mehrheit. Diese Gremien sind entsprechend zwar

71 gewählt, aber nur leidlich demokratisch. Die Regelung geht auf ein Bundesverfassungsge-
72 richtsurteil aus den 1970er Jahren zurück, das die damals u.a. an der Universität Bremen
73 bestehende Drittelparität kippte und ProfessorInnen weitgehende Befugnisse einräumte.
74 Diese Regelung, die damals von einem damals komplett aus Jura-ProfessorInnen beste-
75 henden Gremium getroffen wurde, wirkt heute wie aus der Zeit gefallen und ist nicht
76 mehr zeitgemäß. In Zeiten, in denen Mitbestimmung in aller Munde ist, ist es ein Unding,
77 dass ausgerechnet Hochschulen, vermeintliche Zentren des Fortschritts, noch immer so
78 "regiert" werden, dass die Statusgruppe mit dem höchsten Titel im Zweifel jede Initiative
79 aus anderen Statusgruppen unterbinden kann. Das muss sich ändern. Gerade das Land
80 Bremen, dessen Universität als Reformuniversität gestartet ist, um die Wissenschaftsland-
81 schaft zu verändern, steht in der Pflicht, hier mutig voranzugehen und im Zweifel eine
82 neue Beratung auf höchstrichterlicher Ebene zu erzwingen.

83

84 Echte Gleichstellung ist an den Hochschulen im Land Bremen noch bei weitem nicht er-
85 reicht, daher muss Diskriminierung in jeglicher Form weiterhin bekämpft werden. Solange
86 Frauen und Männer nicht gleichgestellt sind, muss geschlechtergerechte Sprache auch
87 endlich im Alltag ankommen. Deshalb fordern wir unter anderem die Umbenennung des
88 Studentenwerks im Land Bremen in Studierendenwerk. Dank des langjährigen Engage-
89 ments der hochschulpolitischen Gruppierungen (u.a. durch die jusonae Liste AStA für
90 Alle) konnte der Verwaltungsrat an der Universität Bremen davon überzeugt werden, dass
91 diese Änderung zur konkreten Förderung von Gleichberechtigung zwingend notwendig
92 ist. Wir möchten und werden dafür sorgen, dass diese Bemühungen nicht im Sand verlau-
93 fen und das Ziel der Umbenennung erreicht wird.

94 Kampf gegen Diskriminierung bedeutet auch der Kampf für echte, umfassende Barriere-
95 freiheit, die über Fahrstühle und Rampen hinausgeht. Häufig werden, zumindest in der
96 Universität Bremen, defekte Türöffner und Aufzüge gemeldet, die nicht sofort repariert
97 werden können. Die bestehenden technischen Mittel, um Barrieren zu überwinden, müs-
98 sen immer funktionstüchtig sein. Wir fordern zusätzlich zur Instandsetzung und -haltung
99 bestehender barriereüberwindender Maßnahmen die Neuinstallation weiterer Überwin-
100 dungshilfen. Die Wege der NutzerInnen barrierefreier Wege sind zu lang. Besondere Auf-
101 merksamkeit sollte der Barrierefreiheit in Notfällen geschenkt werden, Aufzüge sind im
102 Brandfall schließlich nicht verwendbar. Wir fordern ein umfassendes, barrierefreies Sicher-
103 heitskonzept in den Hochschulen im Land Bremen! Niemand darf im Studium und im
104 Studienalltag aufgrund von Behinderungen oder aufgrund des Geschlechts benachteiligt
105 werden. In diesen Bereichen besteht immer noch Handlungsbedarf, wobei diese konse-
106 quent von uns in die betreffenden Gremien der Hochschulen und an die zuständigen
107 Verwaltungsstellen herangetragen werden müssen.

108 Zu der Forderung der Gleichstellung der Geschlechter gehört auch die Förderung von
109 Maßnahmen, die die Hochschulen im Land Bremen familienfreundlicher machen. Gerade
110 für junge Familien und alleinerziehende Elternteile, gerade Mütter, stellt das mangelnde
111 Angebot an Kinderbetreuung ein großes Zugangshindernis dar. An den Hochschulen ist
112 die Betreuung meist nur mangelhaft mit wenigen Stunden täglich und langen Wartelisten
113 gedeckt. Wir fordern daher eine bedarfsgerechte und kostenfreie Versorgung an Kita-
114 und Kindergartenplätzen in der Nähe der Hochschulen, damit sich junge Eltern nicht im-
115 mer noch zwischen Studium und Arbeit oder Kindern entscheiden müssen.

116
117 In einer zunehmend globalisierten Welt werden sprachliche und kulturelle Kompetenz in
118 steigendem Maße zu zentralen Qualifikationen. Die Möglichkeit, diese Qualifizierung in
119 Anspruch nehmen zu können, darf daher nicht von finanziellen Überlegungen abhängen.
120 Die Hochschule Bremen rühmt sich ihrer überdurchschnittlichen Internationalität und ver-
121 weist auf verpflichtende Auslandsaufenthalte in vielen Studiengängen. Sprachliche Vorbe-
122 reitung im Rahmen des Studiums erfolgt jedoch in der Regel nur in Englisch. Planen Stu-
123 dierende einen Auslandsaufenthalt in einem nicht englischsprachigen Land, so sind kos-
124 tenpflichtige Zusatzkurse notwendig, um ein Grundverständnis des Gastlandes sowie des-
125 sen Sprache und Kultur zu erwerben. Sprachkurse kostenpflichtig anzubieten stellt somit
126 eine massive Beschränkung in Hinblick auf geplante Auslandsaufenthalte dar und behin-
127 dert den internationalen Austausch.

128
129 Gleichzeitig geht das Argument, eine gewisse finanzielle Belastung sei notwendig, um ne-
130 gative Anreizstrukturen (beispielsweise ein vorzeitiger Abbruch des Sprachkurses) zu un-
131 terbinden, fehl. Angesichts der Tatsache, dass die Angebote des Fremdsprachenzentrums
132 freiwillige Zusatzleistungen zum regulären Studium darstellen, darf davon ausgegangen
133 werden, dass jene Studierende, die bewusst zusätzliche Kurse belegen, ausreichend moti-
134 viert sind, diese auch ohne finanziellen Einsatz erfolgreich zum Abschluss zu bringen.

135
136 Ebenso wichtig ist der Erwerb sprachlicher Qualifikationen in Hinblick auf Zuwanderung
137 und Integration in Deutschland. Studien weisen einen eindeutigen Zusammenhang zwi-
138 schen Sprachkenntnissen und erfolgreicher Integration in den Arbeitsmarkt nach. Daher
139 ist die aktuelle Unterversorgung von Sprachkursen in ihrer mittel- und langfristigen Wir-
140 kung verheerend. Bestehende Potenziale an den Fremdsprachenzentren der Hochschulen
141 sind daher zu nutzen. Die Hochschulen im Land Bremen stehen in der Pflicht, alle Studie-
142 renden, unabhängig ihrer Herkunft und finanziellen Voraussetzungen die Möglichkeit zu
143 eröffnen, ein durch ihr Studium ein selbstbestimmtes und den eigenen Qualifikationen
144 entsprechendes Leben zu führen. Daher müssen nicht nur die Zugangsvoraussetzungen

145 (Kosten für die Teilnahme an Sprachkursen beispielsweise) abgebaut werden, sondern
146 ebenso ist ein Ausbau der bestehenden Angebote ins Auge zu fassen.

147

148 Ein einheitliches Onlinesystem in Land Bremen würde vieles vereinfachen und die Hoch-
149 schulen im Land Bremen untereinander öffnen. Zurzeit benutzen die Hochschulen im
150 Land Bremen unterschiedliche Systeme. Dies erschwert die Kooperation der Hochschulen
151 untereinander und auch z.B. die GasthörerInnenschaft. Ein einheitliches Onlinesystem im
152 Land Bremen hätte auch den Vorteil, dass die Studierenden untereinander leichter kom-
153 munizieren können und sich dadurch auch über Lehrinhalte besser austauschen können.
154 Dies würde nicht nur den Studierenden helfen, sondern auch den Lehrpersonen, die je-
155 derzeit gucken können, welche Lehrinhalte die Lehrpersonen an der anderen Hochschule
156 einsetzen. Dies würde also dazu führen, dass sich Hochschulbildung und Hochschulko-
157 operation im Land Bremen verbessern.